

Die Mitte Freiburg heisst die AHV-Reform klar gut

Die Delegierten der Mitte Freiburg befürworteten die beiden AHV-Reformvorlagen. Zur Abstimmung zur Massentierhaltungsinitiative haben sie am Mittwochabend jedoch die Nein-Parole gefasst.

Arthur Zurkinden

VILLARS-SUR-GLÂNE Für die Freiburger Mitte-Nationalrätin Marie-France Roth Pasquier ist die AHV-Reform dringend notwendig, um die AHV-Renten zu sichern: Die Baby-Boomer-Generation gehe in Rente, die Lebenserwartung steige kontinuierlich, das Verhältnis zwischen der aktiven Bevölkerung und den Rentnern verschlechtere sich und die tiefen Zinsen seien schlecht für den AHV-Fonds. So ihre Argumente für ein Ja zu den beiden AHV-Vor-

lagen vom 25. September. Was die Erhöhung des Rentenalters für Frauen auf 65 betrifft, wies sie unter anderem auf die zusätzlichen Beiträge hin, welche Frauen mit Jahrgang 1961 bis 1969 erhalten werden: bis zu 160 Franken monatlich. Sie plädierte auch für die Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,4 Prozent auf neu 8,1 Prozent.

Die Delegierten der Freiburger Kantonalpartei folgten ihrer Nationalrätin: Mit 46 zu 5 Stimmen befürworteten sie die AHV-Hauptvorlage, die Erhöhung der Mehrwertsteuer hies-

sen sie mit 49 zu 3 Stimmen gut.

Nein zur Initiative

Auf die verheerenden Folgen für die Landwirtschaft machte Nationalrätin Christine Bulliard-Marbach aufmerksam, für den Fall, dass die Massentierhaltungsinitiative angenommen werde. Leiden würden vor allem kleine und mittlere Betriebe, die ihre Höfe mit grossem Aufwand umbauen müssten. Zudem würde der Selbstversorgungsgrad zurückgehen, bei der Schweineproduktion

von heute 92 auf 50 Prozent. Dies bedeute vermehrte Importe und teurere Lebensmittel. Familien mit bescheidenem Einkommen könnten sich das kaum mehr leisten. Es drohten soziale Spannungen. Sie brach eine Lanze für die heute bestehenden Labels. Mit ihnen könne der Konsument selber über die Qualität der Lebensmittel bestimmen. «Zudem hat die Schweiz schon jetzt eines der strengsten Tierschutzgesetze.» Mit 48 zu 4 Stimmen lehnten die Delegierten die Initiative ab.

Mit 47 zu 1 Stimmen wurde dagegen das revidierte Verrechnungssteuer-Gesetz angenommen. Laut Mitte-Grossrätin Francine Defferrard steht mit dieser Revision für die Wirtschaft viel auf dem Spiel. Mit der Abschaffung der Steuer auf inländische Obligationen würden die Konzerne ihre Obligationen wieder in der Schweiz statt im Ausland emittieren. Die Vorteile einer Annahme wären eine Stärkung der Konkurrenzfähigkeit des Wirtschaftsstandortes und höhere Einnahmen.